

Schöne Ferien für alle - Sozialticket für den Fernverkehr

Ferienzeit ist Reisezeit und vielen Menschen in diesem Land fällt es schwer, die Fahrt zum Badesee, ins Erholungsgebiet oder zu den Großeltern zu finanzieren.

In der derzeitigen Hartz-IV-Regelung sind für den öffentlichen Nahverkehr nur 11,04 Euro vorgesehen. Das Monatsticket kostet in den meisten Städten das drei- bis fünffache. Für den Fernverkehr sind im Hartz-IV-Regelung sogar nur 2,99 Euro pro Monat vorgesehen. Weit kommt man damit nicht.

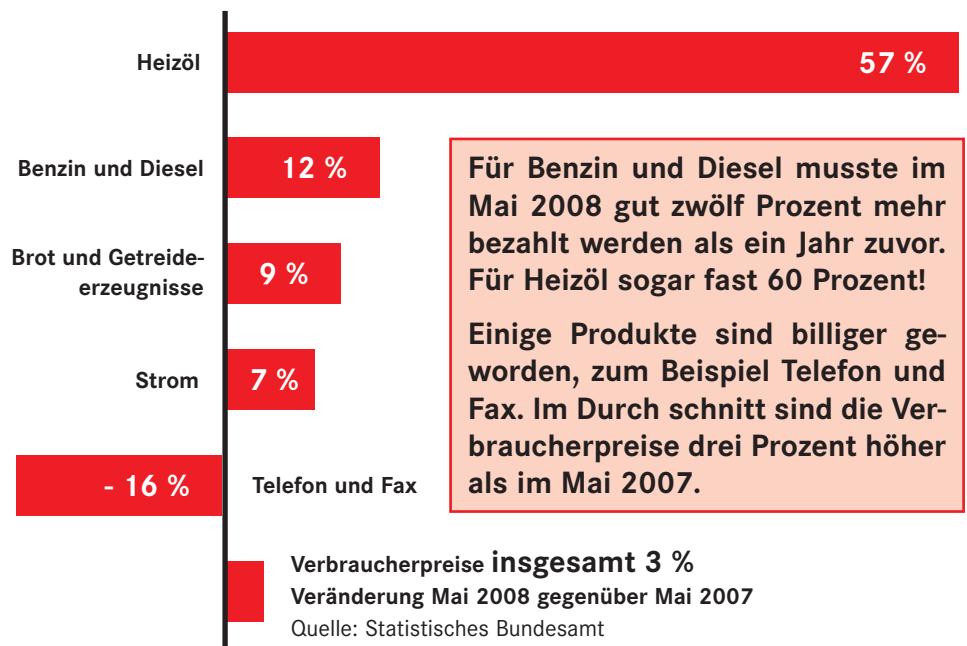
DIE LINKE fordert die Einführung eines Sozialtickets für den Fernverkehr. So könnte z.B. die Bahncard 25, mit der man bei längerfristiger Buchung Tickets für weniger als die Hälfte bekommt, an Einkommensschwache für nur fünf Euro verkauft werden. Die Bundesregierung ist gefragt, ihren Einfluss gegenüber der Deutschen Bahn AG im Sinne eines Sozialtickets geltend zu machen.

Gerade in der Sommerferienzeit lockt es nach draußen, doch viele Sozialleistungsbeziehende können eine Fahrt im Fernverkehr nicht bezahlen. Von dieser Ausgrenzung sind vor allem Familien mit Kindern betroffen. Dies ist nicht hinnehmbar. Auch Erwerbslose und Menschen mit geringem Einkommen muss es im Sommer möglich sein, Großeltern oder Freunde zu besuchen, die womöglich in einer anderen Stadt leben. Die Einführung eines Sozialtickets kann hier helfen, wenigstens ein Mindestmaß an Mobilität zu ermöglichen. Grundsätzlich ist die eingeschränkte Mobilität von Erwerbslosen und Niedriglöhnern ein weiterer Beleg dafür, dass der Hartz-IV-Regelung dringend auf mindestens 435 Euro erhöht werden muss.

Katja Kipping,
stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

Preise fressen unsere Löhne



Lebensnotwendiges wurde besonders teuer

Viele Jahre sind unsere Einkommen kaum gestiegen – preisbereinigt sogar gesunken. 2008 schien dieser Trend endlich gebrochen. Die Gewerkschaften konnten Einkommenszuwächse erstreiten. Durchschnittlich knapp drei Prozent mehr gegenüber 2007.

Nun drohen die stark steigenden Preise diesen Erfolg wieder zunichte zu machen. Im Schnitt ist alles um drei Prozent teurer. Besonders teuer sind die täglichen Ausgaben geworden – die Fahrt zur Arbeit, Heizung, Lebensmittel. Diese Preissteigerungen sind für die meisten Menschen besonders bitter. Ohne Benzin, Öl, Gas und Strom wären die Preise nur um 1,9 Prozent gestiegen. Finanzspekulant, internationale Ölkonzerne und große Energieunternehmen

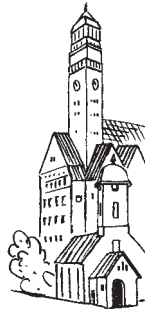
sind die hauptsächlichen Preistreiber. Nach Expertenmeinung ist der hohe Ölpreis zu ungefähr einem Drittel oder sogar mehr durch Spekulationen verursacht. Spekulation und Finanzmärkte müssen endlich unter Kontrolle gebracht werden. Dafür muss sich endlich auch die Bundesregierung einsetzen.



Foto: S.K.

In Berlin streiken die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für 2,9 Prozent mehr Lohn und drei Einmalzahlungen á 300 Euro. (Siehe auch Seite 6.)

Abwahlantrag gegen Bezirksstadträtin Vogelsang (CDU)



Aus dem
Neuköllner Rathaus

Vignette: Franz Zauleck



Foto: KDH

Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen der LINKEN, SPD, Grüne, Die Grauen und der FDP

Frau Vogelsang bleibt nur aufgrund des undemokratischen Verhaltens der CDU und wegen der Instrumentalisierung der NPD im Amt. Dies haben wir als Demokraten zu akzeptieren! Allerdings ist es ein beispielloser Vorgang, dass bei einem Abwahlantrag zu einem Bezirksamtsmitglied die tragende Fraktion ihrer Mandatsträgerin nicht den Rücken stärken und der Abstimmung fern bleibt.

Frau Vogelsang muss zukünftig klar sein, dass sie in der BVV-Neukölln bei der überwiegenden Mehrheit über keinerlei Vertrauen mehr verfügt. Sie muss zur Kenntnis nehmen, dass fünf Fraktionen sie für dauerhaft ungeeignet im Sinne des Amtseides halten.

*Die Fraktionsvorsitzenden Dr. Stelz, Lück, Wagner, Schumacher, Koglin
Berlin, den 17. Juni 2008*

Britzer Hufeisensiedlung UNESCO-Weltkulturerbe

Die von Bruno Taut und Martin Wagner errichtete Hufeisensiedlung wurde im Juli von der UNESCO, zusammen mit fünf weiteren Berliner Siedlungen aus den 1920er Jahren, als Weltkulturerbe anerkannt. Über ein spezielles Steuergesetz finanzierte die Weimarer Republik ein in Europa einzigartiges Wohnungsbauprogramm, um das Versprechen der demokratischen Verfassung, „eine menschenwürdige Wohnung“ als Grundrecht, einzulösen.

„Frau Vogelsang: Sie sind als Dezernentin untragbar“

Zur Begründung des Abwahlantrages gegen die Stadträtin Stefanie Vogelsang erklärte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der BVV-Neukölln, Dr. Sylvia Stelz, u.a.:

In der Presseerklärung aller Fraktionen zum Abwahlantrag habe ich mich wie folgt geäußert: „Das Vertrauensverhältnis zur Stadträtin ist durch ihre offensichtliche Untätigkeit, ihre Informationspraktiken und ihr Auftreten im Ausschuss und in der Öffentlichkeit zerstört“.

Was meine ich mit Untätigkeit? Untätigkeit ist für mich, Dinge wissentlich zu unterlassen, für die man zuständig ist. Beim Amtsantritt sprachen Sie folgenden Vereidigungstext: „Ich schwöre, dass ich mein Amt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung von Berlin, in Übereinstimmung mit den Gesetzen, zum Wohle der Allgemeinheit ausüben und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen werde.“ Das heißt, Sie haben als Dezernentin Amtspflichten, die unter anderem auch die Anleitung und Steuerung einer Verwaltungseinheit des Bezirksamtes Neukölln beinhaltet.

Zu diesen Amtspflichten gehört auch das Bemühen, Verwaltungshandeln analog der Berliner Gesetze zu veranlassen und zu überprüfen. Aus dem Gesetz zur Neuordnung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, das Ihnen seit Sommer 2007 bekannt ist, geht hervor, dass Sie als Vorgesetzte der Verwaltung des Gesundheitsbereiches Neuköllns die Aufgabe haben, eine Verwaltungsvereinbarung mit Friedrichshain-Kreuzberg auszuarbeiten. Aber nicht irgendwann, sondern spätestens zum 1. April 2008, so sagt das Gesetz.

Aus mehreren mir vorliegenden Schriftstücken der verschiedenen Verwaltungsebenen geht

hervor, dass, auf Grund einer Verweigerungshaltung Neuköllns, diese Vereinbarung nicht termingerecht zustande gekommen ist. Schlimmer noch, Sie haben ihren Mitarbeitern untersagt, bezüglich der Verwaltungsvereinbarung tätig zu werden bzw. irgendeine Äußerung zu machen. Das nenne ich wissentliche Missachtung und absichtliche Boykottierung geltender Gesetze. Aufforderungen und Mahnungen des Steuerungsdienstes, die mehrmals abgegeben wurden, missachteten Sie aufs gröblichste.

Das Erstellen einer Verwaltungsvereinbarung ist das eine. Die fachpolitische Auseinandersetzung im Steuerungsgremium und auch im Gesundheitsausschuss des Rates der Bürgermeister ist das andere. Einmal geht es um den Verwaltungsakt an sich und das andere ist der Einsatz zur Erhalt von Qualität. Man kann das eine tun, ohne das andere zu vernachlässigen. Zum Beispiel, indem man die Personalfrage bei der Verwaltungsvereinbarung heraus nimmt, um sich an der anderen Stelle dafür stark zu machen. Aber nein, Sie blockierten alles.

Einen weiteren Kritikpunkt ihres Verwaltungshandelns möchte ich an der Drogen- und Suchtberatung festmachen. Sie erinnern sich bestimmt an meinen Antrag, diese Aufgabe in den Händen des Bezirkes zu belassen. Ich habe diesen Antrag zurückgezogen, obwohl ich immer noch der Meinung bin, dass bestimmte Leistungen der öffentlichen Daseinsfürsorge nicht privatisiert werden dürfen. Ich habe es gemacht, weil ansonsten das Geld in ihrem Bereich versickert wäre und es keine Garantie auf eine umfassende Beratung im geforderten Sinn und Umfang gegeben hätte. Dieses Geld ist zweckgebunden und kann nicht beliebig verwendet werden. Warnungen von der Service-Einheit Finanzen vor Haushaltsrisiken schlugen Sie wiederum in den Wind. Wir werden sehen, wie das ausgeht.

Als letztes Beispiel in diesem Zusammenhang möchte ich der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst nennen. Erst nach massiver Kritik in der BVV, wurde im Bezirksamt beschlossen, dass ein Organisationsgutachten erstellt werden soll. Ein Gutachten zur Überprüfung und Optimierung verwaltungstechnischer Abläufe. Diese Verwaltung untersteht aber Ihnen, Ihnen ganz persönlich! Was haben Sie selbst unternommen, die Ausrichtung des Kinder- Jugend-Gesundheitsdienstes bezüglich der Kinderschutz-Richtlinie zu überprüfen und den neuen Erfordernissen anzupassen? Aus den Unterlagen, die ich eingesehen habe, geht nicht hervor, dass Sie als Initiator dieses Gutachtens in Betracht kommen. Ihre Darstellung im Ausschuss hörte sich anders an.

Sie reisen durch die Lande und schimpfen auf den rot-roten Senat und streuen überall irgendwelche Informationen. Dass Sie aber als Dezernentin auch in der Verantwortung stehen, scheint Sie nicht zu interessieren. Hier im Bezirksamt sollten Sie als Dezernentin für Gesundheit und Bürgerdienste auftreten und nicht als Kreisvorsitzende der CDU! Handeln ist gefragt, nicht parteipolitisches Taktieren!

Und nun zum letzten Teil der Aussage unserer Presseerklärung, zu Ihrem Auftreten. Ich sehe Ihr Verhalten im Ausschuss als Affront gegenüber den Verordneten des Ausschusses und der Ausschussvorsitzenden an! Mir ist bisher kein einziger Dezernent begegnet, der ununterbrochen dazwischen redet, der der Ausschussvorsitzenden so über den Mund fährt, das Recht gepachtet haben zu scheint und pünktlich um 19 Uhr seine Tasche packt, denn es gibt anscheinend noch wichtigeres im Leben, als solche Ausschusssitzungen.

Für mich sind sie als Dezernentin untragbar und vielleicht ziehen Sie ihre Schlüsse daraus und treten freiwillig zurück.

Nach den Ferien: Start für die Gemeinschaftsschule



Nach intensiven Diskussionen startet mit dem kommenden Schuljahr das Projekt Gemeinschaftsschule auch in Neukölln.

Zum Gespräch über den Stand der Vorbereitungen hatte die Neuköllner LINKE am 4. Juni ins Rathaus eingeladen. Über 30 Interessierte haben neben den Gesprächspartnern auf dem Podium Carola Bluhm, Robert Giese, Lothar Sack und Marliese Seiler-Beck an der Veranstaltung teilgenommen.

Carola Bluhm, die Fraktionsvorsitzende der Linken im Abgeordnetenhaus, erläuterte zu Beginn dass die Partei mit dem Projekt Gemeinschaftsschule das grundsätzliche Ziel gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder verfolgt. Statt einer verordneten Schulreform von oben wird mit dem Projekt Gemeinschaftsschule eine von den SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen mitgetragene grundlegende Reform in Berlin angestrebt. Alle Gruppen sind nämlich von Beginn an einbezogen in die Weiterentwicklung der eigenen Schule zur Gemeinschaftsschule.

Klar formulierte sie auch, dass die Gemeinschaftsschulen keine umfangreichen finanziellen Extramittel erwarten können, da man sich angesichts der finanziellen Lage des Landes, nur so die Option einer flächendeckenden Einführung erhalten kann. Darum wird sich die finanzielle Ausstattung der neuen Gemeinschaftsschulen an jener der Gesamtschulen orientieren.

Robert Giese, der Schulleiter der Fritz-Karsen-Schule, konnte den Anwesenden ein sehr anschaulich vermitteln was Entwicklung zur Gemeinschaftsschule in Neukölln bisher bedeutet. Eine Mehrheit der Beteiligten hat an der Schule nach intensiver Diskussion entschieden, sich

Die Fritz-Karsen-Schule in Britz (oben) beteiligt sich am Projekt Gemeinschaftsschule. Im Köln-Saal des Rathauses Neukölln wurde auf Einladung der LINKEN Bilanz der Vorbereitungen für den Projektstart gezogen.

letztes Jahr als Gemeinschaftsschule zu bewerben. Neben neuen pädagogischen Freiheiten, die eine Schulgesetzänderung ermöglicht, erhält die Schule finanzielle Mittel für bauliche Maßnahmen um den Betrieb als Gemeinschaftsschule realisieren zu können. Mit dem neuen Schuljahr 2008/9 startet dann die Gemeinschaftsschule Fritz-Karsen.

Außer ihr werden sich in Neukölln aber auch die Heinrich-Heine-Oberschule zusammen mit der Rütli-Oberschule und der Franz-Schubert-Grundschule werden sich zur Gemeinschaftsschule entwickeln.

Lothar Sack von der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule und Marliese Seiler-Beck vom Runden Tisch Gemeinschaftsschule be-

nannten beide die gleiche besondere Herausforderung für die nächste Zeit. Es muss der Eintritt in eine Auseinandersetzung über den Sinn und Zweck von Gemeinschaftsschulen auch mit den gesellschaftlichen Gruppen in Berlin geschafft werden, die sich dem Thema bisher komplett verschließen.

Mittlerweile ist die zweite Bewerbungsrunde für Schulen angelaufen, die sich zur Gemeinschaftsschule weiterentwickeln wollen. Wir werben dafür, dass sich viele Schulen, auch Gymnasien, aus Neukölln beteiligen.

Basisorganisation Neuköllner Norden (BO.NN)

Weitere Informationen finden sie unter: <http://gemeinschaftsschule-berlin.de>



Foto: Hendrik/BO.NN

Gemeinschaftsschule - Was ist das?

Gemeinschaftsschulen sind Schulen, in denen Kinder und Jugendliche von der 1. bis zur 10. Klasse bzw. bis zum Abitur unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft und vom Geschlecht, unabhängig von einer Religionszugehörigkeit und unabhängig von einer Behinderung gemeinsam mit- und voneinander lernen. Die Gemeinschaftsschule ist auf Erfolg ausgerichtet und nicht auf Scheitern durch Sitzenbleiben, Verweis an eine andere Schule oder verfehlte Schulabschlüsse.

Bildung ist entscheidend für die Zukunft und die Verteilung von Chancen an junge Menschen. Frühzeitig werden die Weichen dafür gestellt, welche Stellung und welche Perspektive ein Mensch im Arbeitsleben und der Gesellschaft hat. Dabei ist die Kluft zwischen denen, die eine Chance haben und denen, die immer weniger Chancen haben, unverkennbar größer geworden. UN-Menschenrechtsexperten, Gewerkschafter und immer mehr Wirtschaftsvertreter sind sich inzwischen einig: Diese Spaltung einerseits und der Mangel an Spitzenleistungen andererseits werden vor allem durch das bestehende gegliederte Schulsystem befördert.

„Integration heißt soziale Teilhabe“



Foto: Wurdack

„Die Zukunft sind wir. Mehr Geld brauchen wir“, skandierten eine arabisch-deutsche Theatergruppe in der Werkstatt der Kulturen vor Berliner Regierungs- politikern.

Einmalig in ganz Deutschland haben in Neukölln der evangelische Sozialträger EJF Lazarus und sechs arabische Vereine ein Integrationsprojekt für arabische Familien gegründet, das „Deutsch-Arabisches Zentrum für Bildung und Integration“. „Neu-Köllnisch“ sprach mit zwei der Organisatoren.

Der Jugendhilfereferent von EJF-Lazarus, Michael Piekara erklärt das Projekt: „Wir geben zum Beispiel Hausaufgabenhilfe und Freizeitangebote. Wichtig ist uns die Arbeit mit den Familien. Gemeinsam mit den arabischen Vereinen können wir jetzt erstmals in zwei Sprachen umfassende juristische, berufsorientierende, medizinisch-therapeutische,

psychologische und Erziehungshilfe anbieten. Wir haben bereits Schulstationen und ab September werden wir in einem Haus in der Neuköllner Uthmannstraße beginnen.“

Die Zusammenarbeit mit den arabischen Vereinen sei auch wertvoll, um Vertrauen und Anerkennung herzustellen. In der täglichen Sozialarbeit sei EJF Lazarus unter arabischen Familien und ihren Kinder auf wachsende Hoffnungslosigkeit und das Gefühl der Ausgrenzung gestoßen. Viele hätten ihr Vertrauen in Lehrer, Schulleitung und Sozialarbeiter verloren.

Grund dafür sei, dass gerade unter Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund die Aussicht auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz denkbar schlecht seien. Ein Viertel der in Berlin lebenden Kinder aus Migrantenfamilien verlassen einem UNICEF-Bericht zufolge die Schule ohne Abschluss.

Arbeitslosigkeit, beengte Wohnverhältnisse und häufig ein unsicherer Aufenthaltsstatus er-

schwerten zusätzlich die Integrationsbemühungen dieser Familien. Besonders betroffen seien palästinensische und libanesische Kriegsflüchtlinge.

Auch Nabil Rachid, Vorsitzender des Dachverbands arabischer Vereine widerspricht der Behauptung rechter Politiker, dass sich Menschen arabischer Abstammung nicht integrieren wollten: „Integration heißt zuallererst soziale Teilhabe. Für uns ist Integration, wenn in jeder arabischen Familie der Vater einen Arbeitsplatz hat, die Mutter einen Arbeitsplatz hat, die Tochter einen Ausbildungsplatz bekommt und der Sohn ebenso. Doch die Realität sieht anders aus.“

Jetzt haben wir mit EJF Lazarus einen Weg gefunden, zumindest die drängendsten Probleme anzugehen - und in dem Projekt auch arabische Sozialarbeiter auszubilden, die uns bisher gefehlt haben.“

Irmgard Wurdack

rbb - Radio multikulti muss weiter senden!

Ende Mai gab die Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb), Dagmar Reim, die Abschaltung des rbb-Programms Radio Multikulti bekannt.

Im Projektbericht „rbb - Projekt 2009“ hieß es noch: „Kein Programm wird eingestellt oder substantiell beschädigt.“ Inzwischen hat sich eine große Solidaritätskampagne für den Erhalt von Radio multikulti entwickelt. Die

Werkstatt der Kulturen in Neukölln, maßgebliche Organisatorin des jährlichen Karnevals der Kulturen, ist wesentlicher Träger der Kampagne für den Erhalt von radio multikulti.

Solidarität zeigt auch DIE LINKE. Die medienpolitische Sprecherin Gabriele Hiller und der integrationspolitische Sprecher Udo Wolf appellierten Mitte Juni an den Verwaltungsausschuss des rbb, den Plänen der Intendantin Dagmar Reim, die Welle Radio Multikulti einzustellen, die Zustimmung zu verweigern. Wie falsch es wäre, die

Sendungen in den Sprachen:

deutsch	hrvatski	no-ryccksi
shqip	kurdî - كوردی	srpski
عربي/Arab.	makedonski	slovensko
bosanski	فارسی / Farsi	português
ελληνικά	po polsku	türkçe
italiano	romanes	viêt nam
english	français	español

fatale Schließungsentscheidung nicht zu revidieren, zeigt auf der einen Seite die breite Solidarität mit Radio Multikulti. Dazu zählt auch der Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin, der den Erhalt von Radio multikulti fordert. Auf der anderen Seite dagegen bejubeln Rechtsextreme die Einstellung der Welle.

Das „Funkhaus Europa“ des WDR kann die besondere integrationspolitische Funktion von Radio Multikulti für die Region Berlin-Brandenburg nicht kompensieren.

Der Müll, der Park und die Integration

Die Aufwertung des Reuterkiezes hat nun auch die Pannierstraße erreicht. In trendigen Szenekneipen liegt reichlich sozialkritisches Informationsmaterial aus. So erfährt der frisch gentrifizierte Kreuzköllner mehr über Ereignisse im Nachbarbezirk.

Das Flugblatt, dass vor einer Diskussion über Platzverweise, Bürgerwehren und Videoüberwachung im Görlitzer Park warnt, erweist sich zwar als Fälschung, der Verlauf der Veranstaltung Anfang Juli erweist sich jedoch als Studie der Mechanismen, die wirksam werden, wenn öffentlicher Raum privatisiert werden soll.

Die Mittelkürzung für das Kreuzberger Grünflächenamt dazu geführt hat, dass kein Personal mehr zur Verfügung steht, die Grünflächen täglich zu säubern und zu bewässern. Müll liegt herum. Die Mülleimer sind zu klein, zu wenige, und obenrein nicht krähensicher. Das Grünflächenamt hat nicht genug Geld für die Müllentsorgung und versucht, das Problem auf die BSR abzuschieben. Den Nutzern des Parks wird die Verantwortung für die Pflege des Parks zugeschoben. So wird aus dem Konflikt zwischen unterversorgten Bürgern und ihrer Verwaltung ein Konflikt der Bürger untereinander. Zum Thema „Dreck“ wird das Thema „Drogen“ hinzugenommen.

Der Moderator spricht von der „Belästigung durch Dealer und Junkies“. Er wird von einem

Polizeivertreter darauf aufmerksam gemacht, dass es im Görlitzer Park überhaupt keine Junkies gibt. Mit dem Kommentar eines konservativen Kommunalpolitikers, es müsse eine Null-Toleranz-Politik wie in New York her, wird aber deutlich, dass bei einer Verkleinerung des öffentlichen Raums immer härtere Regeln für dessen Nutzung aufgestellt werden. „Integration“ wird so zum Kampfbegriff, der von Migranten und einheimischen Armen Anpassungsleistungen einfordert, um ihnen zur gegebenen Zeit mit Entfernung aus dem öffentlichen Raum zu drohen. Gleichzeitig werden die Menschen in ihrem persönlichen Lebensumfeld Objekt der Überwachung: In Neukölln wird wieder einmal darüber

diskutiert, wie man Integration von Migranten und einheimischen Armen abfordern kann durch Wohnungsbesichtigungen und Bestrafung von Schulschwänzern. Menschen mit abweichendem Verhalten droht die Umsiedlung. Dafür gibt es seit Hartz IV übrigens eine gesetzliche Grundlage. In Berlin schützt nur die AV Wohnen vor ihrer konsequenten Anwendung.

Fazit: Eine Grundvoraussetzung für Integration ist die Stärkung des öffentlichen Dienstes zur Erhaltung des öffentlichen Raums. Der Vorwurf des abweichenden Verhaltens kann uns alle treffen.

Herrat Hotzelmann



Foto: Jakob Huber

Es geht doch: Türkische und deutsche Fans feierten nach dem Spiel Deutschland-Türkei bei der Fußball-Europameisterschaft gemeinsam auf dem Kottbusser Damm.

„Integration bedeutet aufeinander zugehen“

Viele Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten waren früher für linke Projekte zu begeistern. Dass das heute nur mehr selten der Fall ist, ist vor allem Ausdruck der zunehmenden Perspektivlosigkeit dieser Menschen.

Damals waren Einwanderer als billige Arbeitskräfte in Deutschland willkommen und für ihre Herkunftsländer waren sie nötige Devisenbringer. Doch heute, wo die Wirtschaft nur noch wenige oder gut ausgebildete Arbeitskräfte will, kommen wieder Klischees und Vorurteile hoch. Hier müssen wir widersprechen.

Denn dass Integration möglich ist, dafür ist die Rütli-Schule der beste Beweis. Schulen müssen nicht wie Sicherheitsobjekte und Kasernen aussehen. Würden wie an der Rütli-Schule mehr Erzieher, Sozialarbeiter und Lehrer eingestellt, könnte sich jede Problemschule zur Musterschule entwickeln.

Wir sollten uns als LINKE aber auch selbstkritisch fragen, wie oft wir selbst den Dialog mit Migranten suchen, beispielsweise bei ihren Feiertagen und Festlichkeiten präsent sind und uns mit ihren Fragen und Problemen auseinandersetzen.

Wir als LINKE setzen uns ein für Integration, Völkerfreundschaft und die Gleichberechtigung der Völker. Dennoch laufen wir selbst der Entwicklung oft hinterher, weil wir uns nicht genug mit Migranten und der Situation in ihren Herkunftsländern auseinandersetzen. Denn Heimat ist für die meisten Einwanderer und ihre Kinder nicht nur gleichbedeutend damit, dass sie hier zu leben. Ich selbst zum Beispiel bin Kurdin aus der Türkei. Meine Heimat ist sowohl Neukölln, wo ich lebe, als auch Kurdistan, wo ich herkomme.

In meinem Heimatland herrscht Krieg. In jedem Konflikt gibt es zwei Parteien. So auch in der Kurdenfrage. Eine Lösung kann es nur im Dialog geben, nicht durch Unterdrückung der Kurden. Deshalb kann doch nicht sein, dass eine friedliche Demonstration in Neukölln zum kurdischen Neujahrsfest Newroz willkürlich

sanktioniert wurde. Auch da müssen wir lautstark widersprechen. Zumal der deutsche Staat keineswegs so unparteiisch ist wie er vorgibt, sondern seit Jahren auch mit Waffenlieferungen die Unterdrückung der Kurden durch den türkischen Staat mit schürt.

Es bedurfte einer sieben Jahre bewaffneten Widerstandsbewegung, bis sich die Kurden 1991 endlich auch Kurden nennen durften, und nicht mehr „Bergtürken“ genannt wurden. Seit 1999 der PKK-Vorsitzende Öcalan inhaftiert wurde, hat sich viel verändert. Den Kurden der PKK geht es heute ähnlich wie damals dem ANC in Südafrika und der PLO in Palästina. Beide galten lange Zeit als terroristisch und sind heute anerkannte Regierungsparteien. Nelson Mandela hat für die Rechte der Schwarzen 27 Jahre im Gefängnis gesessen und Jassir Arafat wurde als Terrorist verleumdet.

Meiner Meinung dürfen wir uns als LINKE nicht vor der Kurdenfrage wegducken. Denn jeder Mensch, der in diesem Konflikt stirbt, ist ein Mensch zu viel.

Gülaysan Karaaslan,
Mitglied der Linksfraktion in der BVV-Neukölln

Solidarisch mit den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst



Foto: KDH

Bereits seit Monaten sind die Beschäftigten des Berliner Öffentlichen Dienstes im Streik. Ob aus Kindertagesstätten, den Grünflächenämtern, Verwaltungen oder Ordnungsämtern: Sie haben große finanzielle Opfer für die Berliner Haushaltskonsolidierung gebracht und fordern jetzt, dass sie angesichts steigender Preise nicht von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden.

Wohngeld ist kein Almosen

Reform mit Heizkostenzuschuss zum Jahreswechsel

Künftig erhalten Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen mehr Wohngeld. Damit wird den gestiegenen Heizkosten Rechnung getragen.

Seit der letzten Novellierung des Wohngeldes im Jahr 2001 ist Wohnen teurer geworden. Während die Kaltmieten um 8 bis 10 Prozent gestiegen sind, verteuerten sich die Heizkosten um 50 Prozent. Das führte dazu, dass viele Menschen ihre Wohnungen nicht mehr bezahlen konnten.

Das Wohngeld wird zum 1. Januar 2009 um durchschnittlich 60 Prozent erhöht. Damit steigt das Wohngeld durchschnittlich von heute monatlich 90 Euro auf 140 Euro. Die Einbeziehung der Heizkosten in das Wohngeld ist ein

DIE LINKE.Neukölln unterstützt den Arbeitskampf der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Mitglieder des Bezirksverbandes Neukölln haben sich an den Aktionen der Gewerkschafter solidarisch beteiligt. Ob vor dem Roten Rathaus oder vor der Parteizentrale der LINKEN - sie standen an der Seite der Kolleginnen und Kollegen. Durch den Ausstieg Berlins aus dem Tarifvertrag der Länder werden sie immer weiter von Lohnentwicklung in den anderen Bundesländern abgeschnitten. Strom, Gas, Brot und Butter werden ständig teurer. Dazu kommen in den letzten Jahren Reallohnverluste von bis zu 20 Prozent durch die Tarifabsenkungen für die Haushaltskonsolidierung.

DIE LINKE.Neukölln hat bereits im Februar 2008 Position bezogen:

1. DIE LINKE.Neukölln solidarisiert sich mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und unterstützt deren Forderung nach kräftigen Lohnerhöhungen. Berlin muss wieder Anschluss an das Tarifniveau im Bundesgebiet gewinnen. Nach Auslaufen des Anwendungstarifvertrages Ende 2009 muss es auf dieses Niveau zurückkehren.

2. DIE LINKE.Neukölln fordert die Fraktion der LINKEN im Abgeordnetenhaus und die Mitglieder im Senat auf, diese Position zu vertreten.

3. DIE LINKE.Neukölln unterstützt Aktionen, Demonstration und Streiks der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften mit entsprechenden Aufrufen und organisiert Veranstaltungen, um für deren Anliegen eine breite öffentliche Unterstützung zu erreichen. Dabei bemüht er sich um ein breites Bündnis und auch gezielt darum, die SPD in gemeinsame Aktionen mit einzubeziehen.

Kernpunkt der Gesetzesänderung. Bislang berechnete sich das Wohngeld auf die Bruttokaltmiete. Ab 2009 wird ein Heizkostenzuschlag von 50 Cent pro Quadratmeter gezahlt. Darüber hinaus werden die Miethöchstbeträge um 10 Prozent angehoben und die Werte der Wohnraumtabelle um 8 Prozent erhöht. Außerdem werden die Baualtersklassen auf Neubauniveau zusammengefasst.

Außerdem sollen jetzt auch diejenigen Wohngeld erhalten, die bisher von der Bundesagentur für Arbeit Unterkunftskosten beziehen.

Von der Wohngeldreform sind bundesweit 800.000 Menschen, darunter 300.000 Rentnerinnen und Rentner betroffen. Wer bereits Wohngeld erhält, aber auch wer ein Einkommen in den Grenzbereichen der Wohngeldregelung hat, sollte einen Antrag stellen: Auf Wohngeld besteht Rechtsanspruch - es ist kein Almosen.

Bundesregierung: Wohnkosten in Berlin bei Hartz-IV angeblich zu hoch

Die Bundesregierung will bis zu 30 Millionen Euro vom Land Berlin zurückfordern, weil der SPD/DIE LINKE-Senat Hartz IV-Haushalten angeblich zu hohe Wohnkosten erstattet.

Darüber berichten Pressemeldungen Ende Mai. Ferner verlange der Bund vom Land Berlin, seine Ausführungsverordnung (AV) zu den Wohnungskosten zu ändern und die Übergangsfrist auf ein halbes Jahr zu kürzen. Ähnliche Forderungen hatte zuvor bereits der Landesrechnungshof erhoben.

Moniert wird, dass nach der Berliner Ausführungsverordnung (AV) Wohnen erst ein Jahr nach dem Beginn des Hartz IV-Bezugs, die Jobcenter die Höhe der Wohnungskosten überprüfen und gegebenenfalls eine Minderung der Miete oder Umzüge von den Betroffenen fordern. Weiterhin schützen eine Fülle von Ausnahmeregelungen, zum Beispiel für Alleinerziehende, Ältere, Menschen mit Behinderung oder Menschen, die schon sehr lange in ihrer Wohnung wohnen, vor Zwangsumzügen. Außerdem muss vor einer Umzugsaufforderung eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt werden, die prüft, ob ein Umzug gegebenenfalls teurer wird als die Weiterzahlung der bisherigen Miete. Für die Frage, ob die Kosten der Unterkunft angemessen sind und damit erstattet werden, ist in Berlin nicht die Wohnungsgröße ausschlaggebend, sondern allein die Höhe der Bruttowarmmiete.

LINKE weist Kritik zurück - neue AV Wohnen angekündigt

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKEN im Abgeordnetenhaus, Elke Breitenbach, weist diese Kritik zurück: „Die Richtwerte in Berlin sind nicht zu hoch. Das Bundessozialgericht hat festgestellt, dass sich die Angemessenheit der Miete i.d.R. nach den Neuvermietungspreisen richten muss. Das heißt, auch bei Umzügen bzw. Mietfestsetzungen ist es wichtig zu prüfen, was die Betroffenen zahlen müssten, wenn sie eine neue Wohnung anmieten. Würde der Richtwert nach Neuvermietungspreis ermittelt, läge er rund 50 Euro über dem gegenwärtig geltenden Richtwert der AV Wohnen von 360 Euro bei einem Ein-Personen-Haushalt.“

In diesem Zusammenhang kündigt sie an, dass die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales einen neuen Entwurf für die AV Wohnen vorlegen wird. Dabei wird es vor allem darum gehen zu prüfen, „ob die Richtwerte noch angemessen sind und ob sie unseren sozial- und stadtentwicklungspolitischen Vorgaben angesichts der enorm gestiegenen Betriebskosten noch entsprechen“.

**DEM FRIEDEN
EINE CHANCE.
TRUPPEN RAUS
AUS AFGHANISTAN.**

Deutschland ist im Krieg

Anfang Juli übernahm die Bundeswehr die Schnelle Eingreiftruppe im Norden Afghanistans.

Lange Zeit hat die Bundesregierung der Bevölkerung vorgegaukelt, sie würde in Afghanistan keinen Krieg führen, sondern beim Wiederaufbau des Landes helfen. „Die Bundesregierung kann nicht mehr leugnen, dass der Bundeswehreinsatz kein Hilfseinsatz ist, sondern ein Kriegseinsatz an der Seite der USA“, erklärt dazu Christine Buchholz, Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der Partei DIE LINKE. Die Schnelle Eingreiftruppe könne auch nicht den Wiederaufbau unterstützen. Denn Wiederaufbau sei mit Waffengewalt

Petition an den Bundestag:

Ein „Krieg gegen Terror“ kann militärisch nicht gewonnen werden, da er selbst immer wieder neue Gewalt hervorruft. Der Abzug der Besatzungstruppen schafft Voraussetzungen für die Einstellung aller Kampfhandlungen und für eine zivile Entwicklung. Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf: Stimmen Sie keiner weiteren Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zu.

nicht zu erzwingen, sondern werde durch Krieg und Besatzung verhindert. Der Einsatz in Afghanistan werde zu einem Fass ohne Boden. Je tiefer sich die Bundeswehr in Kampfhandlungen verstrickt, desto lauter würden die Rufe nach mehr Soldaten werden.

74 Prozent der deutschen Bevölkerung lehnen laut SPIEGEL eine Aufstockung der Bundeswehrtruppen in Afghanistan ab.



Auf einem Kongress in Hannover informierte sich die Friedensbewegung über die Lage in Afghanistan.

Foto: Michael Bruns

In Neukölln gegen den Krieg

Die Friedensbewegung bereitet für den 20. September eine Demonstration in der Berliner Innenstadt gegen den Afghanistan-Krieg vor. Mit Aktionen und auf Veranstaltungen werden Neuköllner Bürgerinnen und Bürger über die Lage in Afghanistan informieren. Dazu fand im Juli ein erstes Gespräch im Afghanischen Kommunikations- und Kulturzentrum statt.

Das nackte Gesicht des Krieges

James Gilligan, ehem. US-Soldat in Afghanistan, berichtet

James Gilligan diente von 1999 bis 2005 im US Marine Corps, zuletzt als Feldwebel. Er kämpfte in Irak und Afghanistan. Wie viele Soldaten und Veteranen schloss er sich den „Iraq Veterans Against the War (IVAW)“ an, um für ein Ende der Besatzungen zu kämpfen.

Er war einer der 50 Veteranen, die im März 2008 in Silver Spring, Maryland, bei der IVAW Anhörung „Winter Soldier“ als Zeuge auftrat. Deutschland spielt bei diesen Besatzungen eine Schlüsselrolle. Im Juni berichtete er auf einer Veranstaltung der Friedensbewegung im Berliner DGB-Haus, die von den Neuköllner LINKEN unterstützt wurde. Wir dokumentieren seine Aussage in der Übersetzung von George und Doris Pumphrey:

2004 war ich Feldwebel MG-Schütze auf einem Humvee in Afghanistan. Mein Leutnant saß vor mir und mein Hauptfeldwebel neben mir. Auf der etwa 5 ½ bis 6 km entfernten Gebirgskette gab es eine Explosion und einen Blitz. Ich war der einzige in meiner Einheit, der diesen Blitz sah. Die Schockwelle kam bis zu uns herüber und wir gingen in Abwehrhaltung und schauten herum. Niemand konnte erkennen, woher das kam. Ich nahm das Funkgerät und informierte, dass „Echo 4 Golf“ (mein militärisches Kennzeichen) den Blitz sah und die Rich-

tung ausmachen konnte. Mein Stabsfeldwebel „Top“ fragte über das Funkgerät nach den Koordinaten. Ich nahm mein GPS. Es reagierte leider zu langsam, deshalb nahm ich den Kompass. Ich machte dabei aber einen schweren Fehler, denn ich versuchte die Koordinaten zu bestimmen – neben einem 240ger Maschinengewehr, das sehr viel Metall enthält. Ich ermittelte falsche Koordinaten. Ich hab einfach die falschen Koordinaten übermittelt und „Top“ dachte es wären die richtigen. Er fragte nach der Entfernung der Explosion. Ich sagte etwa 5 ½ bis 6 km. Und das tat ich unter der Kontrolle meines Leutnants und Hauptfeldwebels. Sie starteten ein 81 mm Mörser Trommelfeuer und fragten, ob ich das Ziel im Blick hätte und den Einschlag sehen könnte. Ich sagte, Nein. Sie feuerten immer wieder und beim 4. Trommelfeuer fuhren wir um eine Kurve um eine sicherere Stellung zu erreichen. Ich machte Meldung, dass das Ziel außerhalb unserer Reichweite sei. Ich konnte weder Einschläge, noch Rauch noch Explosionen sehen. Sie gaben ein fünftes und ein sechstes Trommelfeuer – mitten hinein in ein Afghanisches Dorf.

Scharfschützen eines Spähtrupps, die sich in den Bergen versteckten, wurden aufgefordert ins Dorf hinunterzugehen um eine Notfall Selektion unter den zahlreichen Opfern zu machen. Später in dieser Nacht riefen sie mich zu ihrem Zelt hinüber und fragten ob ich befugt gewesen sei, den Beschuss anzufordern. Ich sagte Nein, aber man wollte von mir Antworten um die Gefahr schnell einschätzen zu können und



Foto: IVAW

Teilnehmer der Anhörung „Winter Soldier“ in den USA fordern das Ende der Kriegseinsätze im Irak und in Afghanistan.

mit der Mission fortzufahren. Mein Sergeant kam herüber und mischte sich ein bevor es zum Streit kam. Der Vorfall hatte keine Auswirkungen.

Ungefähr eine Woche später führten wir in der gleichen Gegend ein MedCap (Medizinisch Ziviles Aktionsprogramm) durch. Als wir in das Dorf zurückkamen, sahen wir überall deutliche Zeichen von Luftangriffen. Wie das so typisch ist für eine MedCap, gaben wir irgendwelche Spritzen, ein bisschen Zahnbehandlung, untersuchten ein wenig die Babies, so was eben. Von einem selbstgebastelten Sprengsatz wurden wir erst getroffen, nachdem wir das Dorf verlassen hatten. Später erfuhr ich dann, dass unsere Einheit den Afghanen in diesem Dorf durch Übersetzer sagen ließ: „Wenn die Taliban wieder angreift, lasst es uns wissen.“

Alle Zeugenaussagen bei der IVAW Anhörung „Winter Soldier“, darunter die von James Gilligan: www.ivaw.org.

Termine DIE LINKE Neukölln

Bezirksvorstand

Donnerstag, 17. Juli, 31. Juli, 14. August,
28. August

19.00 Uhr, Richardplatz 16

Mitgliedervollversammlung
DIE LINKE Neukölln

5. September, 18.00 Uhr

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Konstituierung
2. Aktuelle politische Fragen
3. Sonstiges

Seniorenfreizeitstätte Böhmisches Dorf,
Kirchgasse 62

Während der Sommerferien finden die
Versammlungen mehrerer Basisorganisationen
nicht im üblichen Turnus statt. Bitte informieren
Sie sich im Zentrum der LINKEN am Richard-
platz 16 oder
telefonisch unter 030/613 59 19

BO Hermannstraße

Mittwoch, 23. Juli, 19.00 Uhr

Thema: Außenpolitik mit Stahlhelm

Referentin: Christine Buchholz,

Partei Vorstand DIE LINKE

Jonasstraße 29 (Salvador-Allende-Zentrum)

BO Rixdorf

Freitag, 18. Juli, 19.00 Uhr

Freitag, 1. August, 19.00 Uhr

Richardplatz 16

ErWiN

Erwerbslosenfrühstück

Dienstag, 15. Juli, 5. August, 19. August,
ab 11.00 Uhr

Richardplatz 16

Vormerken:

Dem Frieden eine Chance -
Truppen raus aus Afghanistan
Demonstration
der Friedensbewegung in Berlin

20. September 2008

Veranstaltungstipp

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-VdA) informiert über die Widerstandskämpferin Ursula Goetze
Dienstag, 5. August, 19.00 Uhr

Kulturtreff Tee-Lese

Großbeerenstraße 56, 10965 Berlin

Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 1.500 Exemplare

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln

Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 10. Juli 2008

Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum
22. August 2008

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht
der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

neu-köllnisch · Juli/August 2008

DIE RENTEN



DIE LINKE.

10 Punkte für eine solidarische und sichere Rente

Nach eingehender Diskussion hat der Parteivorstand der LINKEN ein 10-Punkte-Papier für eine solidarische und sichere Rente verabschiedet.

Im Zentrum linker Rentenpolitik steht die Verteidigung der gesetzlichen Rente als Lebensstandard sicherndes Alterssicherungssystem. Die drei Komponenten – perspektivische Integration aller in die solidarische Erwerbstätigenversicherung, Wiedereinführung der Lebensstandardsicherung und Stärkung des Solidarausgleichs – sollen zusammen die gesetzliche Rentenversicherung strukturell zu einer armutsfesten Altersvorsorge machen. Die Rentenpolitik der LINKEN soll so das Rentenniveau für alle heben und gleichzeitig Altersarmut verhindern. Zukünftig soll die Grundsicherung im Alter innerhalb der Erwerbstätigenversicherung abgesichert werden. Das Ziel ist, dass nach Anrechnung von Einkommen und Vermögen keine Rentnerin und kein Rentner im Monat unter 800 Euro fallen dürfen.

Die 10-Renten-Punkte der LINKEN

1. Die Gesetzliche Rente als tragende Säule der Alterssicherung stärken.

2. Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren. DIE LINKE will die sofortige Rücknahme von Riester- und Nachhaltigkeitsfaktor. Auch die im Zuge der Rente ab 67 geplante "Sicherungsklausel" wird ebenfalls abgelehnt.

3. Beitragssatzdogma aufheben. Die Beitragssatzhöhe muss sich wieder an dem angestrebten Leistungsniveau orientieren.

4. Nein zur Rente ab 67.

5. Schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die GRV. DIE LINKE will die Ein-

beziehung von bislang nicht oder nur unzureichend gesicherten Personen sowie von Personen, die derzeit noch Zugang zu "privilegierten" Sondersystemen haben, in eine einheitliche soziale Erwerbstätigenversicherung für alle, in die Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen paritätisch einzahlen.

6. Beitragsbemessungsgrenze schrittweise aufheben. Um einen Spielraum für den sozialen Ausgleich in der GRV zu schaffen, wollen wir die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise an- und längerfristig aufheben. Die damit verbundenen Steigerungen der Rentenansprüche werden abgeflacht

7. Stärkung des Solidarausgleichs in der GRV, damit auch Menschen mit durchbrochenen Erwerbsbiografien und niedrigen Einkommen im Alter im Regelfall nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind.

8. Subventionierung des Solidarausgleichs statt der privaten Altersvorsorge. Der Bund subventioniert die private Altersvorsorge. Allein 2008 plant die Regierung dafür eine Summe von 12,8 Mrd. Euro ein. Das ist der falsche Weg. Die Förderung der privaten Altersvorsorge bevorteilt Besserverdienende und schwächt die Gesetzliche Rente. Die Milliarden des Bundes sind deshalb weitaus besser und sinnvoller angelegt, wenn sie zur Stärkung der Ausgleichselemente innerhalb der GRV verwendet werden, um gezielt die Rentenansprüche von Geringverdienern und Erwerbslosen aufzustocken.

9. Angleichung des Rentenwertes Ost-West – Abschaffung von Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung.

10. Grundsicherung im Alter erhöhen.

Ausführliche Informationen und der vollständige Beschluss der LINKEN zur Rente im Internet:
www.die-rente-die-linke.de